



Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2023

Nationalrat; Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie; 20.456 n Pa. Iv. Candinas. Unnötige und schädliche Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben; Vernehmlassung

P221519

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Raumentwicklungen.

Begründung

Der Kanton Basel-Stadt ist von der vorgesehenen Revision des Zweitwohnungsgesetzes nicht direkt betroffen. Dennoch lehnt er die vorgeschlagene Änderung ab. Diese schafft einen Fehlanreiz zugunsten des Abbruchs und Wiederaufbaus statt der Sanierung von Wohnungen. Dies hätte eine erhöhte Bautätigkeit zur Folge, was gegen das Verfassungsziel verstösst, die Anzahl der Zweitwohnungen und die von Zweitwohnungen belegten Flächen zu begrenzen. Zudem wäre aufgrund eines erhöhten Treibhausgas-Ausstosses auch mit negativen Auswirkungen auf das Klima zu rechnen.

